

Leich Regionale Schwerpunkte

- **China/Tibet:** Verbesserung der Menschenrechtssituation, die von Hinrichtungen, Arbeitslagern und Verfolgung von Minderheiten und Andersdenkenden geprägt ist; kulturelle Rechte für die tibetische Bevölkerung
- **Afghanistan:** Verbesserung der humanitären Lage, Zukunftsperspektiven für Mädchen und Frauen, Förderung des Demokratieprozesses
- **Burma (Myanmar):** Förderung der Demokratie, Freilassung der Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi und weiterer politischer Gefangener
- **Nepal:** Ende der Gewalt und Schutz der Menschenrechte
- **Russland:** Überwachung der Menschenrechtssituation insbesondere in Tschetschenien, Pressefreiheit, verbesserte Haftbedingungen
- **Südosteuropa:** Achtung von Minderheitenrechten
- **Türkei:** Stärkung der Menschenrechte sowie der Rechte der Kurden, Umsetzung der Reformgesetze
- **Afrika:** Stärkung des afrikanischen Menschenrechtsschutzsystems und finanzielle Förderung des Menschenrechtsgerichtshofes
- **Simbabwe:** Verbesserung der rechtsstaatlichen und menschenrechtlichen Situation
- **Sudan:** Unterstützung des Friedensprozesses im Süden, humanitäre Hilfe in Darfur und in den Flüchtlingslagern im benachbarten Tschad
- **Lateinamerika:** Bekämpfung der Straflosigkeit, Aufarbeitung der Verbrechen von Militärdiktaturen, Bestrafung der Morde an Straßenkindern, Stärkung der indigenen Bevölkerungsgruppen
- **Kuba:** Stärkung der Freiheitsrechte, Freilassung der politischen Gefangenen

Für weitere Informationen wenden Sie sich an uns oder besuchen Sie unsere Website:

➤ Ordentliche Mitglieder der AG

Rudolf Bindig, MdB (Sprecher)
Christoph Strässer, MdB (stellv. Sprecher)
Lilo Friedrich, MdB
Angelika Graf, MdB
Dr. Bärbel Kofler, MdB
Karin Kortmann, MdB
Dr. Wilhelm Priesmeier, MdB

➤ Stellvertretende Mitglieder der AG

Gernot Erler, MdB
Ernst Kranz, MdB
Volker Neumann, MdB
Walter Riestler, MdB
Dagmar Schmidt, MdB
Rolf Stöckel, MdB
Brigitte Wimmer, MdB

➤ Zuständiger stellv. Fraktionsvorsitzender

Gernot Erler, MdB

➤ Fachreferat

Inge Klostermeier
Margit Diller-Frömmel

Telefon : 030-227-52418
Fax : 030-227-56471

Anschrift:
Platz der Republik 1
11011 Berlin

➤ www.spdfraktion.de

© Juni 2005



Arbeitsgruppe Menschenrechte
und humanitäre Hilfe

Menschenrechte als Leitlinie der deutschen Politik

„Der Schutz und die Förderung der Menschenrechte sind auch in der 15. Legislaturperiode politische Leitlinien der Bundesregierung nach innen und nach außen.“

Menschenrechtspolitik ist eine Querschnittsaufgabe; deshalb werden Menschenrechte von der Bundesregierung in verschiedenen Politikfeldern angesprochen - in der Sozialpolitik, der Frauenpolitik, der Kinderpolitik, der Rechts- und Innenpolitik sowie in der Außen- und Sicherheitspolitik, der Außenwirtschaftspolitik und der Entwicklungszusammenarbeit.

Eine aktive Menschenrechtspolitik nach innen bildet ein gutes Fundament für glaubwürdige auslandsbezogene Initiativen.“

Aus: Koalitionsantrag „Menschenrechte als Leitlinie der deutschen Politik“, BT-Drs. 15/136 vom 03.12.2002



Inhaltliche Schwerpunkte

Internationaler Menschenrechtsschutz

- Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie Ratifizierung menschenrechtlicher Abkommen
- Krisen- und Konfliktprävention zur Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen
- Wahrung der Menschenrechte bei der Terrorismusbekämpfung
- Achtung der Menschenrechte im Kontext des islamischen Rechts
- Stärkung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte
- Aktive Begleitung der jährlichen Tagung der UN-Menschenrechtskommission

Menschenrechte und Wirtschaft

- Förderung der Gleichrangigkeit von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten mit bürgerlichen und politischen Rechten
- Unterstützung des „Normenentwurfs zur menschenrechtlichen Verantwortung von transnationalen und anderen Wirtschaftsunternehmen“

Rüstungsexport

- Restriktive Rüstungsexportpolitik als Beitrag zur Prävention von Konflikten und Menschenrechtsverletzungen
- Klare Regelungen über den Endverbleib der exportierten Rüstung
- Transparenz bei der Vergabe von Hermesbürgschaften für Rüstungsexporte
- Begrenzung des Kleinwaffenexports
- mehr Transparenz beim Export von Rüstungskomponenten und Dual-Use-Gütern

Folter

- Bekräftigung des absoluten Folterverbots
- Engagement für die Ratifizierung des Zusatzprotokolls zur UN-Anti-Folter-Konvention
- Aus- und Fortbildung von Personal aus Polizei und Justiz, das in menschenrechtlich sensiblen Bereichen arbeitet
- Engagement für Gefangene, deren Leben in Gefahr ist und die von Folter bedroht sind
- Ächtung von Folterwerkzeugen, ihrer Produktion und des Handels

Menschenrechte von Frauen und Kindern

- Bekämpfung und Ächtung der Genitalverstümmelung von Frauen und Mädchen
- Bekämpfung von Frauenhandel, Zwangsverheiratung und Verbrechen im Namen der "Ehre"
- Bekämpfung von Kinderhandel, Sklavenarbeit und Kinderprostitution sowie des Missbrauchs von Kindern als Soldaten

Menschenrechtsverteidiger/innen brauchen Schutz und Hilfe

Menschen, die sich für die Verwirklichung der Menschenrechte einsetzen, werden oft genug selbst Opfer von Menschenrechtsverletzungen. Meist sind es Journalisten, Juristen, Politiker, Gewerkschafter, Vertreter von Kirchen und Religionsgemeinschaften, von indigenen Völkern und Nichtregierungsorganisationen. Ohne den Mut dieser Menschen wäre es schlecht bestellt um die Menschenrechte in der Welt. Ein besonderes Anliegen der Arbeitsgruppe Menschenrechte und humanitäre Hilfe ist daher der Schutz und die Unterstützung von bedrohten und verfolgten Menschenrechtsverteidigern.

Flüchtlingsschutz in Deutschland und Europa

- Gleichsetzung von staatlicher und nicht-staatlicher Verfolgung sowie Anerkennung geschlechtsspezifischer Verfolgungsgründe, insbesondere von Frauen
- Umfassende Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention im Sinn der schutzbedürftigen Flüchtlinge
- Humanitäre Regelungen für Menschen, deren Abschiebung aus Deutschland eine unzumutbare Härte darstellen würde
- Harmonisierung des europäischen Asyl- und Flüchtlingsschutzes auf hohem menschenrechtlichen und humanitären Niveau

Humanitäre Hilfe

- Zusammenarbeit mit dem „Arbeitsstab Humanitäre Hilfe“ des Auswärtigen Amtes
- Früherkennung und schnelle Reaktion auf humanitäre Katastrophen, wie z. B. in den vom Tsunami betroffenen Ländern
- Unterstützung klarer Kriterien zur Abgrenzung von humanitärer Hilfe und zivil-militärischer Kooperation
- Bedarfsgerechte Budgets für humanitäre Hilfe (2005 53 Mio. €.) und deren effiziente Durchführung
- Fortführung der Minenbeseitigungsprogramme (2005: 12 Mio €)

Kooperationen

- Kooperation mit dem Forum Menschenrechte, insbesondere mit amnesty international (ai)
- Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Menschenrechte
- Förderung und Stärkung von ausländischen Menschenrechtsorganisationen und Menschenrechtsverteidigern